

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

25.4.1866 (No. 97)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 23. April.

N. 97.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelber frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Mai und Juni der Karlsruher Zeitung.

## Telegramme.

† **München, 24. Apr.** Die „Bayer. Ztg.“ schreibt: Das Ergebnis der Augsburger Ministerkonferenz besteht in dem allseitigen Einverständnis, den preussischen Antrag nicht zurückzuweisen, sondern zum Ausgangspunkt von Verhandlungen über eine Reform der Bundesverfassung zu machen. Näheres über die Stellung der bayerischen Regierung zu dem Antrag wird sich bei den Verhandlungen des Bundesausschusses ergeben.

† **Berlin, 24. Apr.** Nach einem Telegramme der „Weser-Ztg.“ spricht die preussische Delegation nach Wien auf die Erwartung aus, daß die deutschen Regierungen, welche Militärmaßregeln getroffen, gleichfalls dieselben rückgängig machen werden.

† **Wien, 23. Apr. (B. T. B.)** Die offizielle „Wien. Abendpost“ sagt in ihrem Tagesbericht:

Die österreichische Regierung sieht den definitiven Eröffnungen der preussischen Regierung entgegen, die es möglich machen würden, eine Modalität für die Zurücknahme der österreichisch-preussischen Militärverordnungen festzustellen. Geht die preussische Regierung auf den Vorschlag gleichzeitiger Abklärung ein, so dürfte die Incidenzfrage, welche allenthalben in Deutschland ernste Besorgnisse wachgerufen, damit geschlossen sein, und die schwebenden Angelegenheiten, deren materielle Bedeutung einen Augenblick lang durch den formalen Konflikt in den Hintergrund gedrängt zu sein schien, würden sich wieder in erster Linie eben in jener Bedeutung geltend machen.

Was insbesondere die Haltung des Wiener Kabinetts anbelangt, so liegen die Motive desselben in unverkennbarer und unabweisbarer Offenheit da. Der aufrichtige Wunsch, den Frieden zu erhalten und zu sichern und den Waffenstillstand auszuschließen, hat jeden Schritt der österreichischen Regierung hervorgerufen und die innere Konsequenz ihrer Handlungsweise bestimmt; auch hat die äußere Konsequenz dieser innern im vollen Umfang entsprochen.

Worauf es dem Wiener Kabinet ankam, war die volle Wiederherstellung eines regelmäßigen friedlichen Zustandes, die Wiederherstellung jener natürlichen Verhältnisse zwischen beiden Staaten, welche die ruhige Diskussion schwebender Fragen allein ermöglichen. Die Erreichung dieses Zieles hätte die österreichische Regierung selbst dann nicht gefürchtet, wenn die äußere Entwicklung des Streites sich nicht ganz den Mitteln entsprechend vollzogen hätte, welche österreichischer Seite zu seiner Erledigung vorgeschlagen wurden. In der That, wenn auch dies nicht der Fall, die österreichische Regierung dürfte nicht bloß, um nicht den Verdacht der Rechtsaberei auf sich zu laden, nicht bloß, um auch den leisesten Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer friedlichen Gesinnung auszuschließen, sondern auch, ohne in den geringsten Widerspruch mit früheren Erklärungen zu geraten, die Modalität annehmen, von der eine ihren Wünschen entsprechende Lösung des Konflikts zu erwarten war.

In der Depesche vom 7. Apr. hatte sie daran erinnert, daß allerdings gewisse entfernte Militärverordnungen bereits der preussischen Regierung in früheren Erklärungen bekannt gegeben worden waren. Für die sachliche Beurteilung war es wesentlich gleichgültig geworden, ob diese Verordnungen als Rüstungen oder Gegenrüstungen zu betrachten seien, wenn wir auch natürlich nicht ansehen, jede Provokation österreichischer Seite entschieden in Abrede zu stellen. Es lag um so weniger etwas im Weg, die Rücknahme der betreffenden Maßregeln für den Fall in Aussicht zu stellen, daß gleichzeitig der Grund ihrer Fortsetzung wegfallen sollte, als sie in der That sehr geringfügig waren. Desherreich hatte damit seinen Zweck erreicht, es hatte der Würde des Staates, die es in seinen Erklärungen nachdrücklich gewahrt nach den Grundätzen, die sachlich seine Politik bestimmten, auch im geringsten nichts vergeben. Es hieß in der That der österreichischen Politik in jüngster diplomatischer Phase nur sehr zweifelhaften Werth beimessen, wenn man mit der Betonung konsequenter Haltung, welche den innern Frieden gesichert, nicht zugleich die Hoffnung verbinden könnte, daß die kaiserl. Regierung an jenen Grundätzen festhalten werde, welche die Lösung der großen schwebenden Fragen vom Standpunkt des nationalen Interesses Deutschlands, vom Standpunkt der wahren Bedürfnisse und Wünsche des deutschen Volkes zur Voraussetzung haben. Die österreichische Regierung hat nicht einen dieser Grundätze aufgegeben, sie hält fest an ihrer Befolgung mit der Treue, die einer wahren staatlichen Ueberzeugung innewohnt.

† **Genoa, 22. Apr. (A. Z.)** Garibaldi soll laut Nachrichten aus Caprera die ihm von der Regierung für eintretende Fälle gemachten Anträge abgelehnt haben.

† **Bukarest, 23. Apr.** Die Behauptung Bratiano's, womit er die Wahl des Prinzen von Hohenzollern in Szene setzte: daß nämlich der Kaiser Napoleon die Kandidatur des Prinzen lebhaft begünstige, soll durchaus unwahr sein. Hier wird täglich der Ausbruch von Unruhen befürchtet. Das Militär ist konfignirt, und die Bürgerwehr bewacht die Municipalität und die öffentlichen Plätze. Das Militär wünscht den Obersten Haralambi zum Fürsten. Derselbe will nicht annehmen. Die untern Volksklassen beabsichtigen Bratiano auszurufen, wenn der Prinz von Hohenzollern ablehnt.

† **London, 24. Apr.** Die Reformdebatte ist auf nächsten Donnerstag vertagt worden. Die Abstimmung erfolgt wahrscheinlich am Freitag.

† **New-York, 14. Apr.** Der Präsident hat die Anleihebill unterzeichnet. Es sind Maßregeln getroffen worden, um die Flotte nach den canadischen Fischereien zu senden. Es wird kein Konflikt erwartet.

## Badischer Landtag.

† **Karlsruhe, 24. Apr. 29.** Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hilbrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey, und Geh. Referendar Cron.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat die eingekommenen Petitionen an.

Abg. v. Roggenbach erhält auf einige Tage Urlaub.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen: zu dem vom Abg. Gerwig erstatteten Bericht über das ordentliche Budget des großh. Ministeriums des Innern für 1866 und 1867, Kultus, Unterrichtswesen, und Wissenschaften und Künste betreffend.

Tit. IX., Kultus. Der Bericht schickt u. A. Folgendes voraus:

„Ihre Kommission glaubt den dringenden Wunsch auszudrücken zu sollen, daß im Lauf dieser Budgetperiode die künftigen Bezüge der Kirchen vom Staat, welcher seit dem Gesetz vom 9. Okt. 1860 in einem andern Verhältnis zu denselben steht, als vor dem, in einer Weise geregelt werden sollten, daß eine möglichst gleichmäßige Behandlung des katholischen, des evangelischen und des israelitischen Kultus eintritt und möglichst bestimmte Aversalbezüge normirt werden. Das gegenwärtige Budget hat im Wesentlichen noch dieselbe Gestalt, wie zu der Zeit, als die Kirchen in gewissem Sinn auch einen staatlichen Charakter hatten. Soweit nun nicht rechtliche Ansprüche, auf Verträge und Uebereinkommen gegründet, vorhanden sind, kann keine Kirche weitere Bezüge als guthabensweise erwarten, so daß bei jedem neuen Budget davon abgegangen werden darf. Durch die erlangte Selbständigkeit sind die Kirchen in die Lage gekommen, für ihre Bedürfnisse auch selbst Sorge zu tragen. Wir geben zwar gern zu, daß es unbillig gewesen wäre, wenn man plötzlich nach dem Jahr 1860 solche Bezüge, welche die Kirchen früher vom Staat regelmäßig zu erhalten gewöhnt waren, hätte zurückziehen wollen. Man hat sich damals einfach auf den Standpunkt des Thatsächlichen gestellt und jeder Kirche befallen, was sie vor 1860 als Folge ihrer innigeren Beziehungen zum Staat, aus welcherlei Titel, bezogen hatte. Ebenso würden wir es auch für die Folge nicht billig erachten können, wenn man nur rechtlich begründete Ansprüche berücksichtigen wollte. Der Staat wird es in seinem Interesse finden, den religiösen Kultus seiner Angehörigen — d. h. derer, die den Staat zusammenfassen — nicht zu erschweren; er muß aber den Grundsatze der höchsten Toleranz, der Gleichberechtigung der verschiedenen Religionsbekenntnisse möglichst konsequent durchzuführen suchen.“

§ 2. „Oberaufsichtsrath.“ Auf die Verwaltung des weltlichen Kirchenvermögens wird Abg. Kirsner bei der beschlossenen Motion des Abg. Roder zu sprechen kommen.

Bei § 7. „Staatsbeitrag für die evangelische Kirche im Allgemeinen“, worunter 324 fl. Bureaukosten der Dekanate enthalten sind, wünscht Abg. Beck den Strich derselben, da sie nicht aus einem besondern Titel herrühren, und ehemals den Dekanen wohl nur als Schulvisitationen gegeben wurden; sie bekleiden nun diese Stelle nicht mehr, folglich soll auch dieser Posten aus dem Budget verschwinden.

Abg. Muth: Die Dekane haben diesen Betrag nicht in ihrer Eigenschaft als Schulvisitationen bezogen, sondern die Regierung leistet denselben als ehemaligen Besitzerin des altbadischen Kirchenvermögens. Nachdem das letztere mit dem Domänenvermögen vereinigt war, und das Bedürfnis fortbestand, habe die Kirche sich mit dem Staat in Festsetzung der unter diesem Paragraphen enthaltenen Positionen vereinbart.

Berichterstatter Gerwig verweist in Beurtheilung dieser Sache auf den Kommissionsbericht. (f. o.)

Staatsrath Dr. Lamey: Die großh. Regierung habe ihre Ansicht schon im Gesetz vom 9. Oktober 1860 dahin ausgesprochen, daß die Kirche nur solche Beiträge erhalte, die aus besondern Titeln herrühren, und die sie seit einer langen Reihe von Jahren erhalten habe. Wenn der Abg. Beck von der Unterstellung ausgegangen sei, die Regierung bevorzuge die evang. Kirche, so sei dies eine irrige; denn die Regierung handle in solchen Fragen, ohne irgendwo die Stellung der Kirche zu ihr in Rechnung zu ziehen. Es sei auch der Wunsch der Regierung, daß diese Leistungen des Staats einer endgültigen Regelung entgegengeführt werden, und hoffentlich werde bis zur Aufstellung des nächsten Budgets eine Uebereinkunft mit den beiden Kirchen getroffen sein.

Abg. Beck hat der Regierung durchaus keinen Vorwurf machen wollen, und werde gern noch mehr bewilligen, doch nicht als Recht, sondern nur guthabensweise.

Staatsrath Dr. Lamey: Dieser Posten könnte schon deshalb keine Bureaukosten für Schulvisitationen enthalten, da diese bei der Schule selbst gestrichen wurden.

Der Schlußantrag der Kommission geht auf Bewilligung von jährlichen 118,639 fl. 58 kr. Die Weiterforderung von 6692 fl. 24 kr. wegen erhöhter Naturalpreise bei Dotation des Erzbisthums wird nicht genehmigt.

Tit. X. Unterrichtswesen. A. Universität Heidelberg.

B. Evang. Predigerseminar. Der Bericht bemerkt: „Ein Predigerseminar, für dessen Besuch irgend ein Zwang besteht, ist seinem Wesen nach keine Universitätsanstalt, sondern ein kirchliches Institut, wie denn auch die katholische Kirche einen Theil ihrer Staatsdotation wegen ihres Seminars bezieht, das keinen Bestandtheil der Universität Freiburg bildet. Indem das Gesetz vom 9. Oktober 1860 in § 12 besagt: „Die Kirchen sind befugt, Bildungsanstalten für diejenigen, welche sich dem geistlichen Stand widmen, zu errichten“, spricht es indirekt jenen Satz aus. Nach dem Statut des Seminars sind die Inländer, welche die „theologische Staatsprüfung“ ablegen wollen, gezwungen, zwei Semester in demselben zuzubringen. Nach einer kürzlich in dem andern hohen Hause von Seiten des Hrn. Präsidenten des großh. Ministeriums des Innern abgegebenen Erklärung besteht für den Staat der Seminarszwang nicht mehr, wie es auch natürlich ist, daß seit dem Gesetz von 1860 es eine theologische Staatsprüfung nicht mehr geben kann. Dadurch ist das bisherige unklare Verhältnis in etwas aufgeklärt worden. Allein wenn nun ihrerseits die Kirche (die evangelische General-synode), wie sie befugt ist, den zwangsweisen Besuch des Heidelberger Predigerseminars aufrecht erhält, so leidet der Staat der Kirche gleichsam doch seiner Arm zu einem Verfahren, das er nicht billigt, und es kann ihm der Vorwurf gemacht werden, daß er einer einseitigen kirchlichen Richtung, welche die Majorität in der Synode hat, dienlich sei, während er nur voller Toleranz und Gewissensfreiheit huldigen darf. Lebensfalls müßte, wenn die General-synode den Zwangsbesuch des Heidelberger Seminars aufrecht erhalten sollte, dasselbe als eine Universitätsanstalt aufhören, und damit wäre zugleich die Staatsunterstützung nicht mehr begründet. Indem Ihre Kommission jedoch für die Jahre 1866 und 1867 die geforderten jährlichen 6600 fl. zu bewilligen beantragt, spricht sie zugleich den Wunsch aus, daß das fragliche Verhältnis baldigst in einer dem Grundsatze der Trennung von Kirche und Staat entsprechenden Weise bereinigt werde.“

Abg. Kiefer wünscht die vollen Wirkungen des Gesetzes vom Jahr 1860 auf dieses Institut angewendet. Die Hauptfrage jetzt sei, ob diese Anstalt nach ihrem bermaligen Stande ihrem Zweck vollständig entspreche. Der nach dem Seminarstatut auferlegte Zwang zum Besuch dieser Anstalt lasse die Frage verneinen. Es sei deshalb ein Modus zu finden, bei dem die Disziplinargewalt des Direktors wegfallen, und die Anstalt sich in engem Anschluß an die Universität erhalte; dann seien in keiner Weise Befürchtungen zu hegen, welcher religiösen Richtung auch immer der Leiter des Instituts angehöre.

Abg. Pagenstecher ist mit dem Vorredner vollkommen einverstanden, ist aber nicht der Ansicht, daß die Konsequenzen des Gesetzes vom Jahr 1860 in ihrem vollen Umfang auf dieses Institut Anwendung finden können. Die selbständige Verwaltung der Kirche könne sich doch nur auf ihre inneren Angelegenheiten erstrecken.

Abg. Schaaf: Nicht bloß die Reaktionäre hätten aus der Seminarfrage politisches Kapital gemacht, sondern auch viele Andere sich gegen den jetzigen Bestand der Anstalt ausgesprochen. Uebrigens solle man bezüglich des Seminarszwangs die Entscheidung der nächsten General-synode abwarten.

Abg. Paravicini tritt der Ausführung des Abg. Kiefer im Allgemeinen bei, ist aber gegen den Passus des Berichts, wornach das Seminar aufhören, Staatsanstalt zu sein, wenn der Zwang beibehalten werde; die Entscheidung, des Letztern gehöre an die Synode.

Staatsrath Dr. Lamey: Die Konsequenzen eines neuen Grundgesetzes können nicht in all ihren Momenten gegenüber Thatsachen von tausendjährigem Bestand hervortreten. Mit dem Gesetz vom 9. Oktober 1860 sei auch die theologische Fakultät an der Universität im Widerspruch; man lasse sie doch, weil sie ihre historische Berechtigung habe und segensreich wirke. Ueber solche kleine Anomalien müsse man sich hinwegsetzen. Als eine solche sei auch das besprochene Institut anzusehen. Durch die Leidenschaftlichkeit habe diese Frage einen andern Charakter erhalten, und es sei für die Regierung der Wunsch entstanden, daß das Seminar in einem andern, von allen Parteien anerkannten Standpunkt hinübergeführt werde. Einer bestimmten Richtung dürfe die Regierung nicht angehören und die Kirche müsse ihr korrektiv in sich selbst tragen. Als der Konflikt eintrat, hatte die Regierung den Gedanken, eine Aenderung vorzunehmen; allein sie fand damals wenig Beifall. Redner freut sich, konstatiren zu können, daß der richtige Grundsatze allgemeine Anerkennung gefunden habe. Bei der Frage der Erhaltung des Seminars gehe die Regierung lediglich von dem Gesichtspunkt aus, ob dasselbe der Universität eine wirkliche Zugabe sei, ob der Beitrag sich als lohnend für die Universität herausstelle, und ob dadurch die Wissenschaft entsprechend gefördert werde. Welche Stellung das Kirchenregiment zu der Frage einnehme, bleibe lediglich diesem überlassen; die Staatsregierung stehe

demselben vollständig parteilos gegenüber, ohne jedoch all' Das anzunehmen, was sie für die Unversität geeignet halte. Für die Regierung existire der jetzige Seminarzwang nicht, sie könne ihn auch nicht beseitigen, das sei Sache der Oberkirchenbehörde. Wenn in dieser Angelegenheit die Orthodoxen mit den Ultramontanen Hand in Hand gehen, so habe man es nicht mehr mit einer kirchlichen, sondern mit einer politischen Partei zu thun.

Abg. Prestinari: Nach der Gesetzgebung vom Jahr 1860 habe der Staat kein Recht, eine kirchliche Bildungsanstalt zu überwachen, die im Interesse und Dienste der Kirche verwertet werde; der Staat werde durch eine solche Überwachung nur in kirchliche Angelegenheiten hineingezogen, was aus beiderseitigem Interesse vermeiden werden solle.

Abg. Moll ist der gegentheiligen Ansicht und hält es für sehr beklagenswerth, wenn der geringe Einfluß, den die Regierung noch auf die Kirche hat, weggegeben werde.

Der Abg. Muth tritt den Anschauungen der Kommission bei.

Abg. Eckhard steht auf dem Standpunkt der Abgg. Moll und Paravicini.

Abg. Beck: Die Regierung nehme die ganz konsequente Stellung ein.

Abg. Obkircher bespricht die bisher dargelegten Ansichten und schließt sich seinerseits dem Schlußsatz der Bemerkung des Kommissionsberichts an. (I. o.)

Bei § 3 c. Polytechnische Schule wünscht Abg. Gerwig Einführung der Kollegienelder für die bedeutenderen Lehrkräfte.

Staatsrath Dr. Lamey: Die Stellung des Polytechnikums sei jener der Universität noch nicht gleich, und selbst hier betrachten die Professoren die Kollegienelder als bloße Accidentien.

Zu § 5, B. Turnunterricht, bemerkt der Bericht:

„Ihre Kommission drückt daher den lebhaften Wunsch aus, daß die Ausbildung der nothwendigsten Zahl von Turnlehrern nicht länger von einer Karlsruher Centralschule abhängig gemacht werde, und beantragt nicht bloß die Bewilligung der nur für 1867 geforderten 8250 fl., sondern weiter, es möge die hohe Kammer zu Protokoll aussprechen, daß sie auch gegen die Verwendung einer dem Budgetjahre entsprechenden Summe für das laufende Jahr nichts erinnere.“

Abg. Moll bebauert, daß der obligatorische Turnunterricht noch nicht an den Volksschulen eingeführt ist.

Staatsrath Dr. Lamey: Die Regierung habe hierin das gute Bewußtsein, daß sie kein Vorwurf treffe. Es sei jetzt ein passender Turnplatz gefunden. Die Ausbildung der Lehrer im Turnen stehe auch mit dem weitem Lehrkurs in Verbindung.

§ 11, Kreis-Schulsituationen. Die Abgg. Kirsner, Moll, Sachs und Federer sprechen sich über das geordnete Wirken der Kreis-Schulräthe aus, und wünschen eine Erhöhung des Bureauvertrags, damit dieselben mehr Zeit gewinnen zu ihren eigentlichen Funktionen, und sorgfältiger die Schulen ihres Bezirkes besuchen können.

Staatsrath Dr. Lamey: Das Schulaufsichts-Gesetz habe im Großen und Ganzen eine erfreuliche Wirkung gehabt; die Visitationen werden auch häufiger wie früher vorgenommen.

Bei § 12, Schullehrer-Seminarien, empfiehlt der Abg. Beck einen Kurs der jungen Lehrer bei erprobten Schullehrern, hebt die Bedenken gegen ein Zusammenleben der jungen Leute von 16 bis 18 Jahren hervor, und wünscht durch den 3. Lehrkurs keine Erweiterung der Disziplinen, kann jedoch eine umfangreichere Ausbildung in der Landwirtschaft nicht genug betonen.

Die Gesamtsumme mit 636,593 fl. für 1866 und von 644,172 fl. für 1867 wird genehmigt.

XI. Wissenschaften und Künste. § 9. Erhaltung der Baudenkmale. Abg. Gerwig drückt sein Bedauern aus, daß die Ullersberger'sche Sammlung der Pfahlbauten ins Ausland gekommen sei.

Staatsrath Dr. Lamey: Auf maßgebendes Urtheil hin, daß die genannte Sammlung nur ein Superfluum in der hiesigen herbeiführen würde, sei der Ankauf unterblieben.

Die Regierungsforderung mit je 24,985 fl. wird einstimmig genehmigt.

Schluß der Sitzung.

† Karlsruhe, 24. Apr. 10. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 27. April, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung der von Herrn v. Gemmingen erstatteten Berichte der Budgetkommission über die Budgets für die Jahre 1866 und 1867, a) des großh. Staatsministeriums, b) des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, c) des großh. Handelsministeriums. 3) Berathung des Berichts des Obersten Keller über den Gesetzentwurf, den Bau einer Eisenbahn von Raftatt nach Gernsbach betr. 4) Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte der Gemeinde Neckarau, um Aufhebung des § 94 des Forstgesetzes, erstattet von Oberhofgerichts-Advokaten Dr. Bertheau. 5) Wahl der Zollkommission.

† Karlsruhe, 24. Apr. 30. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 25. April, Nachmittags 1/4 4 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts des Abg. Knies, über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Konstriktionsgesetzes in Bezug auf das Einstandsweisen betr.

### Deutschland.

Karlsruhe, 24. Apr. Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin von Hohenlohe-Langenburg ist gestern, von Detmold kommend, hier eingetroffen und im Markgräflichen Palais abgestiegen.

Karlsruhe, 24. Apr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 22 enthält u. A.: Gesetz, die Ermächtigung

der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zur Aufnahme weiterer Anlehen betreffend. Die Bestimmungen desselben sind:

Art. 1. Die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse ist ermächtigt, den Kapitalbetrag, welchen der durch das Eisenbahnbau-Budget für 1866 und 1867 vorgezeichnete Bau von Eisenbahnen in Anspruch nehmen wird, insoweit, als die vorhandenen Mittel nicht zureichen, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums im Wege von Staatsanlehen beizuschaffen.

Art. 2. Dies soll entweder durch Verkauf von Partialobligationen, welche halbjährlich verzinstlich und von Seiten der Gläubiger unaufkündbar sind, von Seiten der Schuldnerin dagegen, vorbehaltlich sechsmonatlicher Kündigung, stets im Nennwerth eingelöst werden können, oder durch ein verzinstliches Prämienanlehen geschehen. Die Tilgung des Anlehens soll längstens in fünfzig Jahren, im ersten Fall vom 1. Januar 1863, und im zweiten Fall vom Tag der Emission an gerechnet, vollendet sein.

Art. 3. Die Begebung des Anlehens darf im Ganzen oder theilweise, im Commissionsweg oder aus der Hand geschehen.

Art. 4. Die Generalstaatskasse wird ermächtigt, weitere 3 1/2 Millionen Gulden Papiergeld anfertigen zu lassen und der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zur Verfügung zu stellen. Die letztere darf aber das ihr überwiesene Papiergeld nur so lange ausgeben, bis das zur Deckung ihres Budgets erforderliche Anlehen (Art. 1) aufgebracht und eingezahlt ist. Innerhalb eines Jahres nach diesem Zeitpunkt muß die Generalstaatskasse 3 1/2 Millionen Gulden Papiergeld aus dem Verkehr wieder zurückziehen.

Art. 5. Die nach Art. 8 des Finanzgesetzes vom 28. Juni 1862 der Vorausschaltung der Papiergeld-Einlösungskasse von Einer Million Gulden entnommenen, zur verzinstlichen Anlage bestimmten 500,000 fl. sind im Lauf des Jahres 1866 zurückzuziehen und der genannten Kasse wieder zuzuwenden.

Karlsruhe, 24. Apr. Das heutige Regierungsblatt enthält das von den Ständen in geheimer Sitzung berathene und angenommene Gesetz vom 21. d. Mts., die Ermächtigung der Eisenbahn-Schulden-Tilgungskasse zur Aufnahme weiterer Anlehen betreffend. Wir sind ermächtigt, die Begründung, welche der Präsident des Finanzministeriums dieser Gesetzesvorlage beigefügt hat, in Nachstehendem zu veröffentlichen:

„Die Mittel zur Bestreitung des nach dem Eisenbahnbau-Budget in der laufenden Budgetperiode für Eisenbahnbauten, für Betriebsmaterial und für Telegraphenanlagen festgestellten Bedarfs sind, soweit sie die eigenen Aktien der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse übersteigen, durch Anlehen aufzubringen.“

Die günstigen Verhältnisse, unter welchen unsere letzten Eisenbahn-Anlehen aufgenommen worden sind, bestehen aber nicht mehr. Das Geld, womit wir den Bau unserer Bahnen fortsetzen und vollenden müssen, wird theurer werden. Allein die Lichtseite dieser allerdings nicht angenehmen Voraussicht zeigt sich darin, daß wir durch die geänderten Verhältnisse auch rascher zu einem vorläufigen Abschluß mit dem Bau von Eisenbahnen gedrängt und zu der ruhigen Erwägung geführt werden, ob die Ergebnisse des Betriebes der bald vollendeten Bahnstrecken eine weitere Ausdehnung unseres Eisenbahn-Netzes rechtfertigen. Diese Vorsicht kann unserm Staatskredit nur nützen.

Daß die im Budget enthaltenen Bauten möglichst bald ausgeführt werden, ist nicht nur wünschenswerth, sondern bezüglich mehrerer Bauobjekte auch nothwendig, sei es wegen bestehender Staatsverträge, oder sei es, um früher in den Genuß einer Rente zu kommen. Demungeachtet scheint es nicht geboten, auch zu ganz ungünstigen Bedingungen, welche in Folge von außerordentlichen Ereignissen oder von vorübergehenden schlimmen Verhältnissen gestellt werden könnten, Anlehen zu kontrahiren. Außerordentlichen Ereignissen wird die große Regierung dadurch Rechnung tragen, daß sie den Eisenbahnbau auf das Allernothwendigste beschränkt; vorübergehend nachtheilige Konjunkturen kann sie damit möglichst unschädlich machen, daß sie durch das im Art. 4 beanspruchte Ausleihsmittel sich in die Lage setzt, ohne Unterbrechung der Bauten mit dem Anlehen zu warten zu können, bis die Verhältnisse günstiger geworden sind.

Das vorgeschlagene Ausleihsmittel selbst ist ganz unbedeutlich, sowohl weil es nur bis zur Beendigung des Anlehensgeschäftes in Anwendung kommen soll, als weil unser Verkehr die beantragte Vermehrung des Papiergeldes leicht aufnehmen wird. Ist doch seit mehreren Jahren unserer Papiergeld-Einlösungskasse gewöhnlich nur dann Papiergeld zum Umtauschen präsentirt worden, wenn dasselbe zu sehr zerstückt oder beschmutzt war.

Für die Größe des aufzunehmenden Anlehens enthält das Budget eine bestimmte Grenze.

Bezüglich der Form des Anlehens wünscht die große Regierung ermächtigt zu werden, die Wahl unter zwei Modalitäten zu treffen, damit ihr bei der Unterhandlung mit den Anleihe-übernehmern freiere Hand gelassen ist.

Bei der ersten Form soll die Aufnahme des Anlehens durch den Verkauf — wenn thunlich — von Aproz. Obligationen geschehen, und bezüglich der Zinszahlung, der Aufkündbarkeit und der regelmäßigen Tilgung sollen in diesem Fall die gleichen Bedingungen festgesetzt werden, wie bei dem letzten Anlehen von 1862.“

Hieraus geht hervor, daß die große Regierung nicht in die Lage kommen will, auch in ganz ungünstiger Zeit Anlehen zu machen. Im Einklang hiermit steht auch die Schlußbemerkung in dem bereits gedruckten Vortrag des Präsidenten des Handelsministeriums zu dem Eisenbahnbau-Budget für 1866 und 1867: „Selbstverständlich behält sich die große Regierung das Recht vor, wenn es ihr nicht gelingen sollte, die zur Ausführung der vorgeschlagenen Bauten nothwendigen Anlehen unter annehmbaren Bedingungen zu erhalten, einen Theil dieser Bauten auf eine folgende Periode zu verschieben.“

Was die große Regierung im Interesse des Landes für Eisenbahn-Bauten bereits gethan und wie sie die Mittel dazu aufgebracht hat, dies geht aus folgenden Zahlen hervor:

Der gesammte Bauaufwand einschließlich der Betriebs-einrichtung hat bis zum Schluß des Jahres 1865 betragen rund 91,500,000 fl.

Hieron sind aufgebracht worden:

- 1) durch Anlehen 70,200,000 fl.,
- 2) durch Zuschüsse der Amortisationskasse 11,250,000 fl.,
- 3) durch eigene Mittel (Betriebsüberschüsse) 10,050,000 fl.

Von den Anlehen im Betrag von 70,200,000 fl. wurden aber bis zum Schluß des Jahres 1865 durch Verloosung gestilgt 4 Mill., so daß die Anlehen nur noch in 66 Mill. Gulden bestanden, während der ganze Bauaufwand 91 1/2 Mill. Gulden betragen hat.

XX Frankfurt, 23. Apr. Wir theilen in Nachstehendem den Wortlaut derjenigen Stelle aus der österreichischen Erklärung, abgegeben in der Bundestags-Sitzung vom 21. d., mit, welche mit Recht als eine die friedlichen Absichten Oesterreichs bekräftigende gedeutet wird:

„Mit Befriedigung kam die k. k. Regierung hinzu, daß, seitdem auch der Hof von Berlin sich über seine Absichten in beruhigendem Sinne ausgesprochen hat und sonach die Hoffnung begründet ist, es werde dem deutschen Vaterlande unverweilt jene volle Sicherheit der Erhaltung des innern Friedens zurückgegeben werden, welches ein unverletzliches Gesetz des Bundesvertrags und ohne Zweifel auch die erste und dringlichste Vorbedingung für eine gedeihliche, von neuen seitigen Wohlwollen getragene Berathung über Bundesreformen bildet.“

Stuttgart, 23. Apr. Der „Württemb. Staatsanz.“ macht in einem Artikel über die vielbesprochene, von ihm veröffentlichte österreichische Note (nach London) u. A. darauf aufmerksam, daß dieselbe bereits vor längerer Zeit von der „Gaz. de France“ mitgetheilt worden sei.

München, 21. Apr. (N. Z.) Der österreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Blome, ist durch ein Telegramm nach Wien berufen worden.

Darmstadt, 23. Apr. (Zff. Z.) Am 4. Mai wird der Großherzog in Begleitung seines Bruders, des Prinzen Alexander, sich nach St. Petersburg begeben und gelegentlich dessen am königl. sächsischen Hofe einen Besuch abstaten. Prinz Alexander wird vorher jedoch, und zwar am 26. d., sich nach Wien begeben.

Dresden, 21. Apr. (Dr. Z.) Zu den Verhandlungen der sechzehnten Generalkonferenz in Zollvereins-Angelegenheiten sind bis auf den für den thüringischen Zoll- und Handelsverein ernannten Bevollmächtigten, welcher im Lauf des heutigen Tages erwartet wird, die Bevollmächtigten der übrigen Vereinsregierungen bereits sämmtlich hier eingetroffen, und es wird sichern Vernehmen nach den 23. d. M. die Eröffnung der Konferenz stattfinden.

Hamburg, 21. Apr. (Hamb. Nachr.) Eine zahlreiche Versammlung des hiesigen Nationalvereins nahm mit großer Majorität Resolutionen gegen einen Krieg und für das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner und ferner folgende Zusatzanträge an: „Die Lösung der schleswig-holsteinischen wie der deutschen Frage ist aber nur dann möglich, wenn die unverjährte Forderung des nationalen Rechtsbewußtseins durch Einberufung des deutschen Parlaments auf Grund des Reichs-Wahlgesetzes und unter Anerkennung der Reichsbeständigkeit der Reichsorganisation endlich erfüllt wird. Der Bismarck'sche Vorschlag dagegen ist inhaltlicher und schon deshalb zu verwerfen, weil er nur eine neue Täufung des Volkes und eine Verfälschung der öffentlichen Meinung bezweckt. Wir erwarten daher, daß die Landesvertretungen aller deutschen Staaten in diesem Sinne wirken und ihre Stimme erheben werden.“ Ein Antrag des Hrn. Dr. Banks, in der Resolution sich für Annahme des Bismarck'schen Reformvorschlages auszusprechen, wurde abgelehnt. Die Versammlung verlief ziemlich tumultuarisch.

Berlin, 23. Apr. Man telegraphirt der „Köln. Ztg.“: Die preussische Antwort auf die österreichische Depesche vom 18. Apr. ist am 21. d. Mts. nach Wien abgegangen. Dieselbe bemerkt, die preussischen Rüstungen seien durch die österreichischen Truppenbewegungen nach der preussischen Grenze hervorgerufen worden. Sobald Preußen die authentische Nachricht erhalte, daß die österreichischen Rüstungen rückgängig gemacht worden, so wie in dem Maße, wie die österreichische Abrüstung vor sich geht, würde die Verminderung des erhöhten Präsenzstandes der betreffenden preussischen Truppentheile erfolgen.

Ueber die Enser Reise des Grafen Bismarck ist hier nichts bekannt.

Bezüglich der Verhastung des Grafen Waldersee hat das österreichische Kabinett eine dichten Vorfälle mißbilligende und entschuldigende Erklärung abgegeben.

General Savone wird morgen oder übermorgen nach Florenz zurückkehren. Der italienische Gesandte am hiesigen Hof, Graf Barral, begibt sich morgen nach Oldenburg und Darmstadt zur Uebergabe seiner Beglaubigungsschreiben. Hannover und Hesse-Kassel haben erklärt, während der gegenwärtigen Krise keinen Gesandten Italiens empfangen zu können, weil dieses als ein Akt der Parteilichkeit zu Gunsten Preußens erscheinen könnte.

Berlin, 24. Apr. (W. Z. B.) Gestern Abend fand eine zahlreiche Versammlung der Wahlmänner und Urtwähler des dritten Wahlbezirks statt. Dieselbe faßte ähnliche Resolutionen, wie die früheren Versammlungen. Nur der dritte Passus, die Parlementsverhandlungen betreffend, lautet folgendermaßen: „Die Berufung eines aus directen Volksrechten hervorgegangenen Parlaments, ausgestattet mit allen Befugnissen seiner Sendung, ist der erste Schritt zur Verwirklichung des unverjährbaren Rechtes der Nation auf Einigung Deutschlands in Macht und Freiheit. Das preussische Volk hat trotz des innern Konfliktes die Pflicht, vor andern dafür einzutreten, niemals vergessen.“

Wien, 21. Apr. (Köln. Ztg.) Es ist nunmehr als konstatiert zu betrachten, daß nicht bloß das österreichische und englische, sondern auch das französische und das russische Kabinett durch die Aufstellung der hohenzollern'schen Kandidatur in den Donau-Fürstenthümern vollständig überrascht wurden. Indessen ist diese Kandidatur bereits als beseitigt zu betrachten; sie ist nicht nach dem Geschmack von Frankreich,

Rußland, England und Oesterreich, und überdem hat beim ersten Auftreten derselben die Pforte bei den Garantemächten mit Entschiedenheit dagegen, als eine flagrante Verletzung der Verträge, protestirt, indem sie zugleich, Angesichts der zunehmenden Wirren in den Fürstenthümern, auf die Nothwendigkeit der Wiederaufnahme der Konferenz hinwies. In der That ist auch deren erneuter Zusammentritt in den nächsten Tagen gewiß, und höchst wahrscheinlich geht dann dieselbe auf das französische Projekt ein, vorläufig einen Hospodar auf eine beschränkte Zeitdauer zu bestellen. Ueber dieses Projekt hat Frankreich im voraus sich mit der Pforte verständigt, wie überhaupt sich zwischen diesen zwei Mächten in neuester Zeit eine bedeutende Annäherung vollzogen hat. Die meiste Chance, zeitweiliger Hospodar zu werden, hat Fürst Georg Särben, Sohn des Ex-Hospodars und persona grata in Paris, Konstantinopel und Wien.

**Wien, 23. Apr.** Die Armee Benedek's wird verstärkt und auf den Kriegsfuß gebracht. Eine offiziöse Mittheilung der „Oesterreichischen Zeitung“ konstatirt die Nothwendigkeit einer Bereithaltung auf alle Eventualitäten. Erzherzog Albrecht wird morgen nach Verona abreisen.

**Wien, 23. Apr.** (N. Fr. Btg.) Die Lieferungsanschreibungen und Rüstungen für die Südarmerie werden fortgesetzt. Gerichtlich wird es, es seien Freiheitskämpfer ins venetianische Gebiet eingebrochen. Der Graf Arco ist hier angekommen, jedoch vom Kaiser und Grafen Mensdorff nicht empfangen worden. Eine dilatorische Antwort Preussens ist überreicht worden.

### Italien.

**Turin, 19. Apr.** (Sch. M.) Unsere Blätter alle blasen in die Kriegstrompete, und selbst die bedächtigen „Opinionen“ stimmen in den kriegerischen Chorus ein. Die Rüstungen zu Lande und zu Wasser werden in großem Maßstabe betrieben; die Truppen in Unteritalien sind zum Marsch nach dem Norden bereit. Freiwillige melden sich von allen Seiten, mit denen der Krieg durch einen Einfall in Tyrol und Trient eröffnet werden soll. Prinz Amadeus ist gestern auf seinen Posten nach Parma zurückgekehrt, nachdem er vielfache Unterredungen mit dem Prinzen v. Carignan, dem General della Rocca und dem Admiral Perrano gehabt hatte. Ein vorgestern in der offiziellen Zeitung erschienenen Dekret bezieht die Befestigung der Stadt Cremona. Aus der großen Stückgießerei zu Parma sind in letzter Woche 150 neue gegogene Kanonen theils nach Bologna, theils nach Antona abgegangen. Für die Infanterie werden die nöthigen Maultiere zum Transport des Gepäcks aufgekauft. Kurz, es fehlt an nichts mehr zum Beginn des Kriegszuges als die Wust oder in unserm Fall das Geld. Wie man dies heute beschaffen will, bleibt für Viele ein Räthsel. Auf Oesterreichischer Seite sieht es freilich nicht besser aus.

**Mailand, 19. Apr.** (N. Fr. Btg.) Obwohl man in Florenz die Rüstungen und militärischen Dispositionen noch vollständig verheimlicht und sogar theilweise in Abrede stellt, so treten dieselben doch von Tag zu Tag augenscheinlicher hervor, und die gestrige „Militärzeitung“, das offiziöse Organ des Kriegsministeriums, veröffentlicht ein Dekret, wornach 69 Hauptleute und 326 Leutnants, die in Disponibilität gefunden, in aktiven Dienst zurückberufen werden und sich binnen 20 Tagen zu stellen haben.

Die Befestigungsarbeiten von Cremona sollen in aller Hast betrieben werden, und das Dekret enthält die Frist von 6 Monaten, um nicht zu alarmiren.

In Piacenza wird Tag und Nacht an den Befestigungen gearbeitet, und es wurde vorgestern eine Kommission ernannt, welche die Befestigung von Pizzighettone, dem Wahlkreis des Ministers Jacini (Lombardie), zu untersuchen beauftragt ist. Das Regiment Lucca (Kavallerie) hat Befehl erhalten, unverzüglich von Voghera nach dem Lager von Somma abzurücken. Die Piacenza-Husaren werden aus Süditalien nach Voghera verlegt.

Der Plan der Mobilisirung und Konzentrirung der italienischen Armee ist bereits vollständig ausgearbeitet. Die dem Plan zufolge können 16 Divisionen binnen 3 Tagen an irgend welchem Punkt der Polinie zusammengezogen sein. Es ist dafür gesorgt, daß 60,000 Mann von einem Punkt der italienischen Küste nach dem andern transportirt werden können und alle Kontrakte mit Eisenbahn- und Dampfschiff-fahrts-Gesellschaften sind bereits abgeschlossen. Brücken- und Ambulanzmaterial, Telegraphen, topographische Karten, Remorquere, Landungsbothen und alles sonstige zur Mobilisirung und zum Angriff notwendige Material ist bestellt und zum größten Theil bereits in Händen des Kriegsministeriums. Die Befehle zur Mobilisirung sind im Druck begriffen, um eventuell sofort an die verschiedenen Kommandos vertheilt zu werden. Vorerst verbleiben die bisherigen Oberkommandanten an ihren Posten. Die Unterhandlungen mit Garibaldi, die einen Augenblick lang abgebrochen waren, wurden wieder aufgenommen, und es ist eine unausgesetzte Korrespondenz zwischen Livorno und Capraja, worüber jedoch bis jetzt das größte Geheimniß herrscht. General Lamarmora war anfänglich sehr säumig in den kriegerischen Vorbereitungen, jetzt ist er aber förmlich für den Krieg gewonnen, und namentlich soll General Galvini in diesem Sinn auf ihn eingewirkt haben. In der Kammer beobachtet Lamarmora ein absolutes Schweigen und affektirt eine sorglose Miene.

### Frankreich.

**Paris, 23. Apr.** In allen Blättern spricht sich heute die Ansicht aus, daß die Lage der Dinge in Deutschland unverkennbar eine günstiger geworden, und ein Ausbruch des Krieges für die nächste Zeit nicht mehr zu besorgen ist. Das „Pays“ spricht von der friedlichen Phase, in welche der preussisch-oesterreichische Konflikt jetzt getreten ist, und fügt hinzu: So sind denn die Deutschen auf diese Bahn eingelenkt, die ihnen so wesentlich gefällt, und in welcher sie es verstehen, sich ohne Ende neuen Horizont zu eröffnen: die Bahn der Berathung und der Diskussion. Man sieht vollkommen, daß dies Mittel die Ungewißheit verlängern und die Differenz sehr in die Länge ziehen kann.

Hr. v. Strardin scheint beinahe einiges Bedauern darüber zu empfinden, daß, nach den neuesten friedlichen Meldungen aus Frankfurt zu urtheilen, wahrscheinlich der Wunsch der Fürstlichen in Erfüllung gehen und der Krieg nicht zum Ausbruch kommen wird.

Wir — ruft er aus —, die wir den Krieg verabscheuen, möchten beinahe wünschen, daß Hr. v. Bismarck die Anflugheit begangen hätte, eine seiner Kanonen abzufeuern, damit Preußen die verdiente Lehre für sein unwürdiges Benehmen gegen die Herzogthümer erhalten hätte. Fällt dieser Kanonenschuß, so ertönt auch sofort der Ruf: „Für Italien Beneiten und der Bollbesitz des Landes von den Alpen bis zum Adriatischen Meer; für Oesterreich Schlesen und der ganze Lauf der Donau; für Frankreich das Grab Karls des Großen und der ganze Lauf des Rheins!“ Es hängt von Hr. v. Bismarck ab, daß in einigen Wochen dieser Schrei der Entrüstung sich in ein Eisgeschrei und in eine vollzogene Thatsache verwandle. Berührt Euch, ihr Fürstlichen! Hr. v. Bismarck kann unmöglich wollen, daß Preußen im Jahr 1866 das Schicksal Dänemarks von 1865 theile.

Wie man sieht, macht Hr. v. Strardin dies Alles in einigen Wochen ab, und es ist wohl noch recht großmüthig von ihm, wenn er in den „cours du Rhin“ alsdann wenigstens noch das rechte Rheinufer nicht mit einbegreift. Man findet übrigens in Vorstehendem einen Beweis mehr für die Begriffsverwirrung, welche die deutsche Frage bereits in den Köpfen der sonst unbefangenen und einrichtsvollsten Franzosen anzurichten anfängt.

Die in Blois erscheinende „France Centrale“ hat eine amtliche Verwarnung erhalten, weil sie das allgemeine Stimmrecht als Grundlage der monarchischen Legitimität geläugnet und dies in einem Artikel ausführlich zu motiviren gesucht hat. — Die Redaktion und Direktion der „Presse“ ist, wie nun die „Liberté“ meldet, durch den Verkauf dieses Blattes an Hr. Miris vollständig zurückgetreten, mit Ausnahme des Journalisten Paul de St. Victor, der noch durch einen Vertrag gebunden ist, und des Hrn. Sonet, der die Börzenberichte schreibt. Der jetzige Gerant und Chefredakteur Rouy wird sofort nach dem Eintritt des Hrn. Cucheval Claryngny ausscheiden, und es kann alsdann, wie die „Liberté“ bemerkt, die neue Redaktion unverweilt, die weiße Fahne mit den zwei goldenen Schlüssel, die der kaiserl. Adler in den Klauen hält, entfalten.

**Paris, 23. Apr.** Privatdepeschen sprechen von großer Agitation, die gestern (Sonntag) Abend und heute Morgen in Berlin gebercht habe. Derselben Depeschen wollen wissen, daß Preußen sich dem Bundestag gegenüber schroffer denn je benimmt. Man bemerkt auch, daß der Text der preussischen Antwort an Oesterreich noch nicht veröffentlicht wurde, obgleich — wie man wissen will — diese Nacht Depeschen in Paris eintrafen. — Der Kaiser und die Kaiserin werden sich am 6. Mai zur landwirthschaftl. Kreisausstellung nach Auerre begeben. Die Abwesenheit J. M. von Paris wird nur 24 Stunden dauern. Wegen der Exkursion in die Disprovinzen und namentlich nach Straßburg ist noch nichts festgesetzt. Keinesfalls würde diese Reise vor der zweiten Hälfte Juli stattfinden. — Der Gesetzgeb. Körper hat noch folgende Gesetze zu diskutieren und zu votiren: über das Jahreskontingent von 100,000 Mann, über die Gesellschaften, über die Telegraphie, über das literarische Eigenthum, über die Generalräthe, über die Schuldenhaft, über die Waarenmüller, über die Erfindungsbrevets, über die kommerziellen Unruhen, dann das Budget des Gesetzgeb. Körpers und das Staatsbudget. Der Berichterstatter für die Vorlage über die Schuldenhaft (Hr. Joffeau) ist bereits ernannt. Das Gesetz über das Kontingent wird voraussichtlich zu lebhaften Nebenabhandlungen über Mexiko und Hr. v. Bismarck führen. — Der Kaiser hielt heute wieder eine Revue im Tuilerienhof ab. Uebermorgen findet in der italien. Oper eine Vorstellung zum Besten der Meline Patti statt. Sie wird Fragmente aus Traviata, Lucia und D. Pasquale singen. — In der Komischen Oper wird Flotow's „Zilda“ eifrig einstudirt. — Kaum ist die Börse wegen Bismarck's etwas ruhiger geworden, und schon drohen ihr wieder neue Beforgnisse: eine Depesche meldet, daß Italien waffne, daß Oesterreich in Italien ein Gleiches thue, daß Garibaldi seine Insel verlassen habe u. s. w. Diese Nachrichten blieben nicht ohne Einfluß. Namentlich ist Anleihe fiel um fast 1 Proc. auf 53.60. — Rente 67.62½, Cred. mob. 601.25, Disb. 537.50.

### Amerika.

**Neu-York, 7. Apr.** Der Präsident hielt am 6. d. einen über drei Stunden dauernden Staatsrath und soll der Prozeß von Jefferson Davis den Gegenstand der Berathung gebildet haben. Es scheint, daß die Freunde des Ex-Präsidenten des Südbundes es wenigstens für jetzt aufgeben haben, seine Freilassung vermittelst eines Habeas-Corpus zu verlangen. — Eine zahlreiche Deputation aus Virginia hat den Präsidenten der aufrichtigen und einmüthigen Unterstützung seiner Politik versichert.

In Washington ging das Gerücht, daß der Präsident in kurzem eine allgemeine Amnestie proklamiren würde. In Neu-Orleans betrachtete man diese Amnestie als schon in seiner jüngsten Proklamation enthalten, und sollen die H. H. Stibell und Benjamin im Begriff gewesen sein, nach Louisiana zurückzukehren. — Der Washingtoner Korrespondent eines Bostoner Blattes berichtet, der Finanzaußschuß des Repräsentantenhauses sei zu dem Schluß gelangt, daß die Steuerlast sogleich um 50 Mill. Dollars verringert werden könne, und werde deßhalb eine dahinzielende Bill in den ersten Tagen einbringen. Die Bille auf Manufaktur-, Kleidungsstücke, Papier u. s. w. sollen danach beträchtlich herabgesetzt werden. — In Neu-York und in Charleston sind zerstörende Feuerbrünste vorübergegangen, welche in ersterer Stadt einen Schaden von nicht viel weniger als einer Million Dollars verursacht haben sollen.

Ueber angebliche Regeraufstände auf mehreren Pflanzungen Cuba's sind aus der Havanna bis zum letzten März sehr unbestimmte und widersprechende Berichte eingelaufen. In

verschiedenen Theilen der Insel sind sehr verderblich wirkende Feuersbrünste ausgebrochen, welche man von Slaven angezettelt glaubt. Ein Verein hat sich gebildet, um die Einfuhr afrikanischer Neger zu verhindern. — Die Zuckervernte wird, wie man annimmt, um ein Viertel hinter den begehnten Erwartungen zurückbleiben.

**Liverpool, 22. Apr.** Ein Revolutionsversuch hat am 24. März in Panama stattgefunden. Derselbe ist mißglückt. Mehrere der Aufwiegler, unter denen man Leobus, Sigurbia und Burel nennt, sind getödtet worden. Level de Godd wurde gefangen genommen.

### Baden.

Heidelberg, 22. Apr. (Mannh. J.) Ueber die bevorstehende Abgeordneterwahl schreibt man dem „Mannh. Journ.“: Ein großer Theil der hiesigen Wahlmänner hatte sich vor einiger Zeit dahin geeinigt, den Redakteur des „Heidelber. Journ.“, Hr. Pfeiffer, zu wählen. Die Professoren Holzmann und Goldschmidt, denen nach einander dieser Posten angetragen war, hatten nämlich abgelehnt, und wider Oberamtmann Stöber sprach sich ein Theil der Wähler aus Gründen nicht politischer, sondern rein lokaler Natur aus. Nun hat aber in neuester Zeit, fast unerwartet, der außerordentliche Professor Wundt die Augen vieler Wahlmänner auf sich gezogen. Es hatte derselbe schon im Arbeiter-Bildungsverein und bei anderen öffentlichen Anlässen durch Vorträge die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, und besonders auch bei der letzten Versammlung in Offenburg durch seine Rede sich Beifall errungen. Ein großer Theil der Wahlmänner ist daher entschlossen, bei dem Wahlaft Hr. Wundt ihre Stimme zu ertheilen. Der Tag zur Vornahme der Wahl ist auf nächsten Donnerstag festgesetzt. (In einer am 21. v. M. stattgehabten Versammlung von Wahlmännern sprachen sich von 48, die erschienen waren, 36 für Hr. Wundt aus.)

Heidelberg, 22. Apr. (Fröhr. Btg.) Geh. Rath Häuffer hat durch einen Anschlag am schwarzen Brett bekannt gemacht, daß er Krankheits halber auch für das Sommersemester zu lesen verhindert sei.

Heidelberg, 23. Apr. Die politischen Verwicklungen in Deutschland schienen Anfangs einen nachtheiligen Einfluß auf den Besuch unserer Hochschule üben zu wollen; man befürchtete namentlich, daß die jungen Preußen ausbleiben möchten; auch wurde die Beforgnis durch den Umstand gesteigert, daß mehrere junge Leute aus Bayern, welche sich schon zur Immatrikulation angemeldet hatten, nach Hause abberufen wurden. Indessen haben sich inzwischen die Verhältnisse doch günstiger gestaltet. Bei der vorgestern stattgefundenen ersten Immatrikulation ergab sich folgendes Resultat: Theologen 9, Juristen 100, Mediziner 9, Chemiker 9, Philosophen und Philosophen 29, Gesamtzahl 155, wodurch der Abgang schon annähernd gedeckt ist. Außerdem sind bereits 75 für die zweite Immatrikulation angemeldet, so daß sogar ein erheblicher Zuwachs in Aussicht steht. — Die Vorträge haben nun fast alle begonnen und nehmen ihren gewohnten Fortgang. Prorektor ist für dieses Jahr, wie Ihnen bereits früher gemeldet wurde, Hr. Kirchnerath Sibig. — Gestern Nachmittag trug sich bei dem Schwesingerweg-Übergang über die Eisenbahn ein großes Unglück zu. Ein Bauer aus der Umgegend wollte bei geschlossener Barriere noch schnell die Bahn überschreiten, während der Zug schon ganz nahe war. Er wurde jedoch noch von der Lokomotive erfaßt, zu Boden geworfen und zerquetscht, so daß er todt auf der Stelle blieb.

### Vermischte Nachrichten.

**Wiesbaden, 23. Apr.** Heute Vormittag hat das gefamte Offizierskorps seinen Austritt aus dem Kasino angezeigt, nachdem der von ihm ausgegangene Antrag auf Ausschluß des Abgeordneten Siebert vor einigen Tagen abgelehnt worden. (Siebert hatte befallmlich bei Gelegenheit einer Interpellation wegen der gewaltsamen Sprengung des Kölner Abgeordnetensitzes sich in scharfen Worten gegen Hauptmann Vogler ausgesprochen.)

Die Hungersnoth im nördlichen Finnland tritt in immer schrecklicherer Gestalt auf. Besonders schilbern die amtlichen Berichte des Kronlänsmannes des Luusimäki-Kirchspiels im Gouvernement Knopio die dort am furchtbarsten auftretende Noth. Er schreibt u. A.: „Die hiesige Bevölkerung hat sich größtentheils auf die Wanderchaft begeben. Ganze Scharen Menschen ziehen umher und bieten ihre Händarbeit für ein Stückchen Brod an. Aus dem nur schwach bevölkerten Kirchspiel sind über 500 Männer und Frauen nach Schweden und Rußland gewandert, um dort ihren Hunger zu stillen. Noch verzweifelter ist die Lage Derjenigen, welche verheirathet, von einer Schar Kinder gefesselt zu Hause bleiben müssen. Die hauptsächlichste Nahrung dieser Familien besteht in fein gebacktem Stroh, das in Salzwasser gekocht, mit etwas Mehl bestreut und der größern Festigkeit wegen mit Birkenrinde vermischt ist; und sehr häufig fehlt selbst diese unnatürliche Speise. Unter dieser ausgehungerten Bevölkerung grassiren noch Nervenfieber und Mäsem. Gegen 70 Personen sind binnen kurzer Zeit in unserm Kirchspiel diesen Krankheiten erlegen, und über 100 liegen darnieder.“

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Vorussia“, Kapitän Schwenken, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfabrik-Aktien-Gesellschaft, ging, expedirt von Hr. August Bolten, William Müller's Nachf., am 21. Apr. von Hamburg nach Neu-York ab. Aufser einer starken Brise und Paketpost hatte dasselbe 46 Passagiere in der Kajüte und war das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt, sowie auch der Kaberaum mit Waaren.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23. April	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 1.40"	5.5	N.O.	ganz bew.	trüb, raub
Mittags 2 „	0.60"	+10.0	„	„	Sonnenbl., windig
Nachts 9 „	0.80"	+6.5	„	„	mondbell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 26. Apr. 2. Quartal. 50 Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **Ein Glas Wasser**; Lustspiel in 5 Akten, nach Scire von Cosmar.

### Theater in Baden.

Mittwoch 25. Apr. **Die Schweizerfamilie**; lyrische Oper in 3 Akten, von Castelli; Musik von Weigel.

**3.g. 763. Donaueschingen.**  
Allen Verwandten und Bekannten theilen wir die traurige Nachricht mit, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Schwager und Onkel, den pensionirten Fürstl. Fürstl. Domänenrath und Archivar Josef Wintermantel, nach kurzem Krankenlager heute in ein besseres Jenseits abzurufen.  
Wir bitten um stille Theilnahme.  
Donaueschingen, den 22. April 1866.  
Die Hinterbliebenen.

**Veteranen-Verein Rastatt. Einladung.**

Am 13. Mai d. J., Mittags 1 Uhr, hat der genannte Verein hier seine Fahnenweihe, und beehren wir uns sämtliche Veteranen- und Militär-Vereine des Mittelrheins zu dieser Festlichkeit mit Waffensbruder-Gruß einzuladen, um dem Gedenken, und, im Falle des Erscheinens, wenigstens 6 Tage vorher eine schriftliche Anzeige gefälligst zukommen lassen zu wollen. Bewaffnete erscheinen nicht.  
Rastatt, den 22. April 1866.  
Der Vorstand.  
H. Frank. 3.g. 750.

**Mannheim. Mai-Weise. Cirque Minné.**  
Dienstag, 1. Mai 1866:  
**Erste grosse Vorstellung.**  
Sonntags und an den Haupt-Mosstagen werden 2 Vorstellungen gegeben, Anfang der ersten um halb 4 Uhr, der zweiten um halb 7 Uhr.  
Die Abendvorstellungen endigen vor Abgang der Eisenbahnzüge. 3.g. 719.

**3.g. 766. Offenburg.** Das Inseraten-Bureau C. F. Bannmüller besorgt Anzeigen in alle in- und ausländische Zeitungen zu den Originalpreisen ohne jeden Kostenaufschlag; ferner besorge ich für Commis und Lehrlinge die schnelle Placierung.  
C. F. Bannmüller, öffentliches Geschäfts- und Inseraten-Bureau in Offenburg.

**3.g. 764. Karlsruhe.**  
**Oberkellner-Gesuch.**  
In einen hiesigen Gasthof wird auf Mitte Mai ein solider und befähigter Oberkellner gesucht. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

**3.g. 738. In ein Material- und Farbwarengeschäft** ein gross kann ein mit guten Vorkenntnissen versehenen junger Mann aus guter Familie als Lehrling eintreten.  
Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

**3.g. 702. Ebernburg.**  
**Weinversteigerung.**  
Unterzeichnete läßt aus seinen Kellern Dienstag den 1. Mai Vormittags 9 1/2 Uhr, folgende Weine öffentlich gegen Baarzahlung beim Bezug veräußern:  
aus dem Keller des Kellners Kellner  
9 Fässer, enthaltend: 113 Ohm 1863r Rebländer;  
aus dem Rathhauskeller:  
5 Fässer, enthaltend: 125 Ohm 1863r desgleichen;  
aus dem Diakonatskeller:  
3 Fässer, enthaltend: 27 Ohm 1863r desgleichen;  
aus den eigenen Kellern:  
11 Fässer, enthaltend: 193 Ohm 1863r desgl.;  
2 do. do. 55 Ohm 1859r und 1861r Reuweyerer;  
1 Fass do. 40 Ohm 1863r Reuweyerer Burgwein;  
wozu die Liebhaber eingeladen werden. Die Weine können auch einige Tage vorher am Hofe verkauft werden. Ebernburg, den 20. April 1866.  
F. A. Schickardt.

**3.g. 768. Ebingen.**  
**Steigerungs-Anündigung.**  
In Folge richterlicher Verfügung werden den Versteigerer Martin Wilm Gedeuten hier sämtliche Liegenschaften auf hiesiger Gemarkung, am Montag den 14. Mai d. J., Vormittags präzis 8 Uhr, im Rathhaussaal öffentlich veräußert und zugeschlagen um das sich ergebende höchste Gebot, selbst wenn es unter dem Anschlag bleibt, als:  
Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Keller, Hofreim und Hofraum, an der Landstraße, tar. zu 5,500 fl.  
Ein zweistöckiges Wohnhaus an der Hauptstraße, mit Scheuer und Keller, sodann Oekonomiegäude und Hofplatz hinter dem Haus, tar. zu 6,000 fl.  
Ca. 1/2 Bg. Hofplatz längs des Trostengäßle, mit darauf stehenden Gebäulichkeiten, tar. zu 3,000 fl.  
58 Rth. Acker, tar. zu 200 fl.  
21 Acker, 2 Bg. 8 Rth. Wies und Baumgarten, tar. zu 12,480 fl.  
17 Acker, 3 Bg. 22 Rth. Acker, tar. zu 9,100 fl.  
wozu Liebhaber eingeladen werden.  
Hierzu erhalten der an unbekanntem Orte abwesende Pfandgläubiger Johann Roth von Weisweil, sowie die unbekanntem Erben des verstorbenen Pfandgläubigers Siegel Schreiber in Ebingen Nachricht, und werden unter Bezug auf § 951 der Pr. O. aufgefordert, ihre Ansprüche an die Verfallenen spätestens bis zur Steigerungstagfahrt zur Veräußerung bei Verweigerung des Erbes anzumelden, wobei ihnen noch bemerkt wird, daß alle späteren Veräußerungen nur an die Gerichtstafel angeschlagen werden.  
Ebingen, den 19. April 1866.  
Der Vollstreckungsbeamte:  
Schupp, Notar.

**Kurort Frohburg bei Olten.**

**Eröffnung Sonntag den 6. Mai.**

Unterzeichnete hat die Ehre, hiermit die Anzeige zu machen, daß er für diesen Sommer die Wirthschaft auf Frohburg übernommen hat und sich bemühen wird, dieselbe auf bisherige Weise fortzuführen. Er empfiehlt sich dem geehrten Publikum aufs Beste.  
Täglich frische Kuh- und Ziegenmolken.  
Telegraphen-Bureau im Hause.

**Pensionspreise:**  
Som 1. Mai bis 1. Juli und vom 15. August bis Schluß der Saison Fr. 4 1/2 bis 5, je nach der Lage der Zimmer. Vom 1. Juli bis 15. August 6 bis 6 1/2 Fr.  
**J. Brogli,**  
3.g. 625. mehrjähriger Geschäftsführer von Hrn. Vichly auf Frohburg.

**Die Maschinenfabrik, Kesselschmiede und Trübenbauwerkstätte**

**Gebrüder Decker & Co. in Cannstatt**

außer Wasserrädern, Turbinen, Tangentialrädern, Dampfmaschinen, Transmissionen, Mühl- und Sägmühl-Einrichtungen, Brauerei-Einrichtungen, Pumpwerken, Pressen u. dergl., Holzzeitungsmaschinen nach Heinrich Bötters Patent,  
alle Arten von **Dampfkesseln**, Reservoirs, Seifenkessel, Braupfannen, Vorwärmer, Maischbottiche, Weichen, Kühlschiffe, eiserne Kamme, eiserne Brunnenzüge, sowie Blecharbeit jeder Art;  
ferner Eiserne Brücken, Drehscheiben, Dächer, Gebälke, Gewächshäuser u. dgl.  
Für gute Konstruktion und Ausführung wird garantiert. Schnelle und gute Bedienung wird zugesichert. 3.g. 605.

**Nach New-York**

jede Woche zweimal per Dampfboot zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
**Rabus & Stoll in Mannheim.**  
**Franz Perrin Sohn in Karlsruhe.**

**Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.**  
**Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York,**

eventuell Southampton anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe  
Germania, Capt. Ehlers, am 28. April, 19. Mai.  
Babaria, Capt. Zante, 5. Mai, 26. Mai.  
Sagonia, Capt. Meier, 12. Mai, 2. Juni.  
Hammonia (im Bau), Capt. Gumbria (im Bau).

Die mit \* bezeichneten Dampfschiffe laufen Southampton nicht an.  
Passagierpreise: Erste Kajüte Fr. 60, Zweite Kajüte Fr. 40, Zwischendeck Fr. 20.  
Fracht Fr. 2. 10 pr. ton von 40 Hamb. Kubikfuß mit 15% Prämie.  
Näheres bei dem Schiffsmakler August Volten, Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg, und dessen Agenten: Karl Hund in Achem und dem Central-Expeditions-Bureau Mannheim Walter, Reinhardt & Müller. 3.g. 266

**3.g. 751. Eberstadt.**  
**Eigenschaftsversteigerung.**  
Montag den 7. Mai d. J., Mittags 1 Uhr, lassen die Erben des verstorbenen Kaufmanns Ludwig Heyl von hier der Erbteilung wegen ein einstöckiges Wohnhaus mit Kaufmannsladen, nicht zwei Scheuern mit Stallungen, Schwinnfäden, Hofreim, mit Koch-, Gras- und Baumgarten in der oberen Gasse, neben Ortsbürgermeister Heyl und Ernst Bösch, vormals die Straße, hinten die Gärten, im Wege einer öffentlichen Versteigerung auf dem Rathhause dahier für ein Eigenheim aussetzen. Der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis ad 3600 fl. oder darüber geboten wird.  
Eberstadt, den 21. April 1866.  
Bürgermeister Grieb.

**3.g. 736. Nr. 231. Mannheim.** (Stammholz-Versteigerung.) Aus diesseitigen Domänenverwaltungen, District I, Abth. 4, bei Käferthal, werden Donnerstag den 26. d. M., Vormittags 9 Uhr beginnend, 250 Forststämme, welche sich zu Bauholz und theilweise zu Eisenbahnschwellen eignen, auf der Viehstele veräußert.  
Mannheim, den 22. April 1866.  
Großh. bad. Bezirksverwalter Eberstadt.

**3.g. 734. Nr. 668. Oberkirch.** (Kellervermietung.) Bis Montag den 7. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr, werden wir auf unserer Kanzlei die folgende Kellereie des geäußerten Kellers unter dem Domänenverwaltungsgebäude hier auf weitere 6 Jahre

**3.g. 681. Freiburg.**  
**Bergebung von Bauarbeiten.**  
Für den Bau einer Anatomie dahier sollen auf dem Wege der Commisssion in Afford gegeben werden:  
Die Mauerarbeit, angeschlagen zu 2,412 fl.  
Steinbauarbeit, 8,954 fl.  
Zimmermannsarbeit, 6,475 fl.  
Die Nebeneinrichtungen werden eingeladen, ihre schriftlichen und mit gehöriger Zeichnung auf der Adresse versehenen Angebote versegelt unterzeichnete Stelle, bei welcher die Bauplätze und Lieberstühle nebst den Bedingungen zur Einsicht aufgelegt sind, bis zum 30. d. M. zu stellen.  
Freiburg, den 20. April 1866.  
Großh. Universitäts-Administration.  
Gareisen.

**3.g. 737. Nr. 327. Riegelhausen.** (Holzversteigerung.) Aus Domänenverwaltungen veräußern wir  
Donnerstag den 3. Mai d. J.,  
1) aus der Abtheilung Kirchberg bei Petersthal: 15,800 Stück forstene Bohnensteden;  
2) aus der Abtheilung Schafsteden und obere Leisterberg bei Schönbach: 3 Rth. buchenes und 1/2 Rth. eigenes Scheitholz, 38 Rth. buchenes und 3/4 Rth. eigenes Prügelholz, 1 1/2 Rth. buchenes Kiefernholz, 153 Stück lärchene Gerüst-, 340 Stück desgl. Hopen-, 1313 Stück lärchene Leuderhanger, 250 Stück Bohnensteden, 1 Eichstamm, 1 Buchstamm und 3450 Stück buchene und gemischte Bellen;  
Freitag den 4. Mai,  
1) aus der Abtheilung Steigenhang, Sandweg und Pfaffenbrunn: 2 1/2 Rth. buchenes, 1/2 Rth. eigenes Scheitholz, 92 Rth. buchenes Prügelholz und 12,800 Stück buchene Durchforstungswellen;  
2) aus der Abtheilung Mündelhang und Sauvergs: 20 Rth. forstene, 8 Rth. buchenes und gemischtes Prügelholz und 725 Stück forstene und gemischte Bellen;  
Samstag den 5. Mai,  
aus der Abtheilung Lindenbachhang: 2 1/2 Rth. buchenes Scheitholz, 44 Rth. buchenes, 38 Rth. eigenes, 15 Rth. buchenes Prügelholz, 12 Rth. buchenes und 37 Rth. eigenes Kiefernholz und 8500 Stück gemischte Bellen.  
Die Verhandlung findet im Gasthaus zum Ochsen dahier statt und beginnt jeden Tag früh 9 Uhr.  
Riegelhausen, den 23. April 1866.  
Großh. bad. Bezirksverwalter.  
Fischer.

— 1. Oktober 1866/72 — in öffentlicher Steigerung in Mische geben; wozu die Pachtlustigen eingeladen werden.  
Oberkirch, den 23. April 1866.  
Großh. Domänenverwaltung.  
Egger.

**3.g. 688. Nr. 722. Offenburg.** (Vorladung.) J. A. gegen Johann Heinrich Geiger von Kar und Hugo Delbermann bafelst, wegen Ehrenkränkung des Pfarrers F. B. d. r. von b durch die Presse, wird die auf den 28. d. M. abgeraumte Tagfahrt auf  
Samstag den 12. Mai l. J.,  
Bermittags 9 Uhr,  
verlegt, und hierzu der Angeklagte Hugo Delbermann, dessen Aufenthalt unbekannt ist, öffentlich vorgeladen,  
Offenburg, den 20. April 1866.  
Großh. Kreis- und Hofgericht, Strafkammer.  
Faller.

**3.g. 783. Nr. 11.155. Karlsruhe.** (Bekanntmachung.) Der Interimschein Nr. 261 vom Jahr 1850 der allgemeinen Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden in Karlsruhe über 33 fl. 20 kr., ausgefertigt auf den Namen Anna Hauger von Billingen ist abhanden gekommen.  
Es wird vor dem Erwerb dieser Urkunde gewarnt.  
Karlsruhe, den 21. April 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
v. Vincenti.

**3.g. 747. Nr. 4843. Laub.** (Aufforderung.) Anton Seitel von Heiligenzell, welcher im Jahr 1853 nach Amerika gereist ist, und leider keine Nachricht von sich gegeben hat, wird aufgefordert, sich binnen Jahresfrist dahier zu melden, widrigenfalls er für verschollen erklärt und sein Vermögen den erberechtigten Verwandten gegen Sicherheitsleistung in sorgfältigen Besitz gegeben würde.  
Laub, den 19. April 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Heb.

**3.g. 790. Nr. 9609. Pforzheim.** (Diebstahl und Fahndung.) Der Engelwirth Gohemberger Wittwe in Obdringen wurden folgende Gegenstände entwendet:  
Ein Oberbett mit Schaumwolle, ganz neu, mit einem Ueberzug von tauschbarem Kattun, roth, blau und weiß gefärbt;  
ein Kopfkissen mit gleichem Ueberzug;  
ein Kissen, mit weißer Leinwand überzogen;  
ein zweifelhafte Unterbett mit einem selbstgezeichneten Ueberzug, blau und weiß gefärbt;  
ein einstufiges Unterbett ohne Ueberzug;  
ein Kissen von Leinwand, ohne Leinwand;  
eine Bettdecke von Wolle, gelb und roth und weiß gefärbt.  
Es wird um Fahndung auf die entwendeten Gegenstände und den zur Zeit noch unbekanntem Thäter gebeten.  
Pforzheim, den 23. April 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Grinet.

**3.g. 749. Nr. 8522. Freiburg.** (Aufforderung zur Zahlung.) Unsere Aufforderung vom 21. Juli v. J., Nr. 17.305, nehmen wir hiermit zurück.  
Freiburg, den 13. April 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Baer.

**3.g. 758. Nr. 6856. Pforzheim.** (Urtheil.) Dem August Jakob Schäferin von Guttingen wird hiermit eröffnet, daß er durch heutiges Urtheil der Refraktion für laudig erklärt, und deshalb in eine Strafe von 800 fl. und zur Tragung der Unterungskosten verurtheilt ist.  
Pforzheim, den 14. April 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Löffinger.

Frankfurt, 23. April 1866.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
	Per cent.		Per cent.		Per cent.
Defferr.	5 1/2	Met. l. S. b. R.	—	100 G.	—
50/0	do.	1852 l. St.	68 bez.	100 fl. 1854	69 1/2
50/0	do.	1859	64 1/2 bez.	100 fl. 1858	117 1/2
50/0	do.	1864	—	500 fl. 1860/1	70 1/2
50/0	do.	1864	—	100 fl. 1864	70 1/2
50/0	do.	1864	—	3 1/2 % Preuss. R. R.	—
50/0	do.	1864	—	Schwed. Rthlr. 10 L.	10 1/2
50/0	do.	1864	—	Bad. 3 % R. R.	52 1/2
50/0	do.	1864	—	Kurb. 4 % R. R.	53 1/2
50/0	do.	1864	—	Gr. Hess. 5 1/2 % R. R.	143 1/2
50/0	do.	1864	—	5 1/2 %	—
50/0	do.	1864	—	Russ. 2 1/2 % R. R.	34 1/2
50/0	do.	1864	—	Schwed. 3 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	Mail. 4 1/2 % R. R.	29 1/2
50/0	do.	1864	—	2 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	3 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	4 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	5 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	6 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	7 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	8 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	9 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	10 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	11 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	12 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	13 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	14 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	15 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	16 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	17 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	18 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	19 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	20 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	21 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	22 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	23 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	24 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	25 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	26 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	27 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	28 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	29 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	30 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	31 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	32 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	33 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	34 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	35 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	36 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	37 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	38 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	39 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	40 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	41 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	42 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	43 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	44 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	45 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	46 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	47 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	48 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	49 1/2 % R. R.	—
50/0	do.	1864	—	50 1/2 % R. R.	—